

In gleicher Weise ist die vom „Vorwärts“ sehr zutreffend als Bucher gebrandmarkt Erhöhung den Getreideprodukten und zwar in folgenden Posten, bei denen gleichfalls die heute bestehenden vergleichsweise in Klammern beigezeichnet sind, — zugeachtet:

Wehl aus Getreide mit Ausnahme von Hafer, aus Malz, aus Reis oder Hülsenfrüchten 13,50 (7,30), — aus Hafer 16 (7,30) — Reis, poliert 6 (4) — Graupen, Orles und Grütze aus Getreide; auch Reisgries 16 (7,30).

Dazu kommt jetzt noch Dürrobst, als: Kefsel und Birnen einschließlich verwertbarer Abfälle 8 (4) — Aprisosen, Pfirsiche 10 (4) — Pflaumen aller Art: unzerpackt oder nur in Fässern oder Säcken bel mindestens 80 Kilogramm Rohgewicht 5 (4) — in anderer Verpackung 10 (4). — Anderes getrocknetes oder gedarrtes Obst 8 (4). Apfelsinen, Zitronen, Pomeranzen, Granaten, Datteln, Feigen, Mandeln 12 (4) — Feigen, getrocknet; Korinth; Rosinen 24 (8) — Datteln, getrocknet; Traubenrosinen 24 (10) — Mandeln, Pomeranzen, Granaten, getrocknet 30 (10).

Ueber die Stellung, die nun Deutschland im Weltmarkte einnimmt, braucht man mit Rücksicht auf das vorliegende Biffermaterial keinen Augenblick weiter im Zweifel zu sein. Wir sind ein Staat, der auf den Import von Agrarprodukten angewiesen ist, deren Quantitäten sich denn auch im Verlaufe der letzten Jahre beträchtlich erhöhten. Das „Statistische Jahrbuch für das deutsche Reich“ giebt uns diesbezüglich einige recht bemerkenswerte Zahlen. Den Mitteilungen dieses amtlichen Quellenmarktes zufolge betrug in Tonnen:

Die Einfuhr an:

Im Jahre:	Gerste	Koggen	Weizen
1883	321 507	777 046	641 910
1884	440 080	961 540	754 512
1885	438 036	769 701	572 423
1886	355 896	565 265	273 280
1887	511 526	638 545	547 255
1888	444 781	652 811	339 767
1889	651 422	1 059 731	516 887
1890	735 292	879 907	672 587
1891	725 510	842 652	905 332
1892	583 297	548 599	1 296 213

Dagegen betrug die Ausfuhr:

Im Jahre	Gerste	Koggen	Weizen
1883	82 824	12 134	80 758
1884	37 565	6 286	36 193
1885	24 706	4 021	14 080
1886	58 080	3 198	8 294
1887	20 748	3 138	2 840
1888	23 245	2 262	1 112
1889	22 113	608	758
1890	6 445	119	206
1891	3 899	134	337
1892*	—	—	—

Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr betrug also in Tonnen:

In den Jahren	Gerste:	Koggen:	Weizen:
1883/87	1841 422	3 683 339	2 647 215
1888/92	3 084 629	3 980 575	3 728 375
Zunahme:	71%	8%	41%

Eine Zollerrhöhung auf die Produkte, auf deren Einfuhrung wir also unter allen Umständen angewiesen sind, bedeutet also zunächst eine ganz gewaltige Verteuerung der Lebensmittel der deutschen Arbeiter. Nehmen wir entsprechend unserer Reichsstatistik an, daß der Konsum an Brotgetreide 200 kg. pro Kopf der Bevölkerung beträgt, so bedeutet schon eine Getreidezollerhöhung von 3,50 auf 6 Mk. pro Doppelzentner für eine Arbeiterfamilie aus fünf Köpfen allein eine jährliche Mehrbelastung von 25 Mk. Dazu kommen dann noch die Festschätze. Rechnen wir, daß die obige Arbeiterfamilie an Fleisch täglich nur 1/2 Pfund inkl. Zubrot (Speck und Würst) gebraucht, so ergibt sich niedrig gerechnet, eine weitere Mehrbelastung von 12 Mark pro Jahr. Bei dieser jährlichen Mehrbelastung von 37 Mk. sind aber die erhöhten Ausgaben für die diversen übrigen Konsumartikel, sowie die Aufschläge der Händler u. noch keineswegs eingerechnet. Der Zoll nimmt also einen Teil des Arbeitslohnes vornehm, und zwingt so den einzelnen Arbeiter das Maß

seiner täglichen Lebenshaltung zu reduzieren. In diesem Sinne hat auch neuestens ein deutscher Gelehrter, der den Argwohn sonst durchaus nicht abhold ist, die Zollfrage gleichfalls beleuchtet. Herr Dr. Karl Diehl, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Königsberg, wendet sich nämlich in seiner Schrift „Kornzoll und Sozialreform“ gegen die gleichnamige Broschüre des Professors Diehl in Bonn. Nach der Auffassung des letzteren besteht nämlich nach der klassischen Nationalökonomie, speziell Adam Smith's und Ricardo's, zwischen den Getreidepreisen und den Lohnhöhen eine gewisse Paralleltät. Niedrigen Getreidepreisen entsprechen niedrige Löhne, hohen Getreidepreisen, hohe Löhne; denn, so sagt Ricardo, der Marktpreis der Arbeitskraft graduiert um die Unterhaltungskosten, die der Arbeiter gewohnheitsmäßig für sich und seine Familie braucht, und da unter allen Bedürfnissen des Arbeiterhaushaltes das Brot das wichtigste ist, so ist auch die Höhe des Brotpreises im wesentlichen entscheidend für die Höhe des Arbeitslohnes. Diesen Darlegungen gegenüber, beruft sich Dr. Diehl auf eine wesentlich andere, die sogenannte Rententheorie, deren Gedankengang etwa besagt: „Wenn der Arbeiter von seinem Lohn einen größeren Teil für Brot aufwenden muß als bisher, dann muß er notwendig seine Ausgaben für andere Bedürfnisse einschränken. Daraus ergibt sich aber ein verminderter Konsum der zur Deckung dieser Bedürfnisse bestimmter Artikel, der, indem er eine Abnahme der Produktion und der Nachfrage nach Arbeitskraft hervorruft, auf die Lohnhöhe drückt. „Die nationalökonomische Wissenschaft“ meint er dann weiter, kann über das Problem wie eine Erhöhung oder Erniedrigung des Getreidepreises auf die Lohnhöhe wirken wird, nichts bestimmtes aussagen. Nur das ist sicher, daß eine nennenswerte Erhöhung des Zolls auch eine Erhöhung des Getreidepreises bewirken wird.“ Allerdings meint Professor Diehl dann weiter, „ist es um so weniger wahrscheinlich, daß die Arbeiterklasse die Kosten der Verteuerung des Getreides tragen wird, als die Höhe des Arbeitslohnes wesentlich bedingt ist durch die wirtschaftlichen Konjunkturen und durch die Macht der Arbeiterklasse. Was die Macht der Arbeiterklasse dem Unternehmertum gegenüber anbelangt, so ist diese ebenfalls in neuerer Zeit durch ihre Verbände und Vereinigungen aller Art so gestärkt, daß bei einer beträchtlichen Erhöhung des Brotpreises sicher von den Arbeitern eine Lohnerhöhung erkämpft würde, wenn die wirtschaftlichen Konjunktoren günstige sind.“

Allerdings, in der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Konjunktoren günstig sind, ruht des Pudels Kern. Der Weg, auf dem sich nun die wirtschaftliche Entwicklung gegenwärtig bewegt, zeigt eine solche Konjunktur nicht an, und muß es für den Denkernden vornehm klar sein, daß es in einer Periode des Niederganges zuwzullen den Gewerkschaften selbst schwer wird, die Lohnhöhe auf gleicher Stufe zu erhalten, geschweige denn weitere Vorteile, die die Brotverteuerung nötig machen würden, in dieser Richtung zu erringen. Zugegeben, daß nun in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges die Arbeiter die Möglichkeit besitzen, Teuerungen, die durch die Zollerrhöhungen entstehen, durch Lohnerhöhungen, die sie sich erkämpfen, wieder wett zu machen, so ist es wohl auch da unzweifelhaft besser, die Teuerung, die durch die Machinationen einiger Landjunker hervorgerufen wird, zu vermeiden, als erst für die Herstellung des Gleichgewichtes wieder zu kämpfen; denn auf alle Fälle sind dann die Zölle und die dadurch bedingten Preissteigerungen das Hemmnis zum Aufsteigen zu höheren Lebensbedingungen, und zur Kultur überhaupt. Und in dieser letztangedeuteten Richtung wollen wir einmal feststellen, das was unsere sonst anti-völknerisch gesinnten Professoren in der Regel unterlassen, — inwiefern ein Zusammenhang zwischen wichtigen Kulturfragen und Lebensmittelverteuerung überhaupt festzustellen ist. Die Frage scheint unseres Erachtens wichtig, jetzt wo man daran geht, dem arbeitenden Volke den Brotkorb höher zu hängen.

(Schluß folgt.)

Die Krisenversicherung.

F. H. Auf eine verhältnismäßig lange Periode angepannter wirtschaftlicher Tätigkeit ist jetzt eine Zeit des Niederganges gefolgt. Während man sich in den Kreisen der Industriellen noch eifrig dem optimistischen Glauben hingab, die Hochkonjunktur würde kein Ende nehmen, hallten sich am wirtschaftlichen Horizont schon die Wolken des Unwetters aufzuziehen, von dem Deutschland jetzt heimgesucht wird. Die Produktion war in einem Maße gestiegen worden, die notwendigerweise zu einer Krise führen mußte; und das diese Krise schon so nahe sei, ahnte man nicht.

Die plötzlichen Zusammenbrüche großer industrieller Unternehmungen haben naturgemäß eine Stockung in der Produktion zur Folge und dadurch nimmt das Heer der Arbeitslosen in erschreckender Weise zu; die Zahl der unter der Krise lebenden Arbeiterfamilien zählt jetzt in Deutschland nach Tausenden. Durch das Ueberangebot von Arbeitskräften in den schon mit eingeschränkten Betrieben arbeitenden Betrieben wird die Situation der noch in Arbeit Stehenden gleichfalls verschlechtert und sie können für die Arbeitslosen nicht in dem Maße eintreten, wie das in Zeiten des guten Geschäftsganges der Fall ist.

Sind die Arbeitslosen ledig, so bietet sich ihnen noch eger Gelegenheit, wieder Arbeit und Verdienst zu erhalten, indem sie den Ort ihrer bisherigen Tätigkeit verlassen und in einer anderen Stadt oder in einem anderen Land ihre Arbeitskraft zu verwerthen suchen. Anders jedoch bei den Arbeitern, die Familien haben; sie können nicht mit Weib und Kind und allem Hausrat das Land durchziehen, bis sie irgendwo löbliche Arbeit finden. Wo es aber dem Arbeitslosen, von der Not getrieben, geüht, durch Unterbieten der Löhne Beschäftigung zu erhalten, da verdrängt er Andere aus ihren Stellungen; es findet also nur ein Personenwechsel statt, während die Zahl der Arbeitslosen bleibt und zugleich die Löhne im allgemeinen herabgedrückt werden, wodurch wiederum die Ausdehnung des Konjunks und auch der Produktion beschränkt wird.

Nun haben ja allerdings die großen Gewerkschaften durch die bei ihnen eingeführte Arbeitslosen-Unterstützung versucht, der ärgsten Not zu steuern. Aber ganz abgesehen davon, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet naturgemäß niemals ausreichen kann, ist auch die staatliche Arbeitslosenversicherung, wie sie schon des öfteren von den verschiedenen Sozialpolitikern in Vorschlag gebracht wurde, bisher auf große Schwierigkeiten gestoßen. Denn einerseits konnte man sich nicht über die Frage einigen, wer die Kosten einer derartigen Zwangsversicherung tragen sollte, andererseits war es aber auch klar, daß, falls Staat oder Gemeinde die Arbeitslosenversicherung einführen, sie auch zugleich die Arbeitsvermittlung übernehmen müssen und dazu konnte man sich noch nicht entschließen.

Die Maßnahmen, welche die jetzige schwere Krise durch die Schaffung einer ungewöhnlich großen industriellen Reservearmee mit sich bringt, haben nun von neuem die Frage in Fluß gebracht, auf welche Weise eine gründliche Beseitigung des Uebels, das jetzt ungeheure Ausdehnung annehmen kann, möglich wäre. Und so viel man auch darüber redete und schrieb, man kam immer wieder auf dasselbe zurück: es muß eine Organisation geschaffen werden, die den Arbeiter gegen alle Erwichungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise schützt, durch welche seine Lebenshaltung unangenehm beeinträchtigt wird — also eine Arbeiter-Krisenversicherung.

Eine derartige Versicherung, die sich der schon bestehenden Unfall- und Krankenversicherung anschließen würde, wird jetzt neben der von uns schon besprochenen Arbeiterrenten- und Waisen-Versicherung zur zwingenden Notwendigkeit.

Albert Schäffle sagt bei einer Vergleichung des Wertes der Versicherung gegen Erwerbslosigkeit und desjenigen der Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, das Versicherungsbedürfnis gegen letztere sei nicht minder groß, vielmehr größer als dasjenige gegen Erwerbslosigkeit. Er weist darauf hin, daß die unwillkürliche Erwerbslosigkeit der Arbeiter eine Folge des ganzen Produktionsystems ist und verlangt zunächst zur Befestigung dieser Verhältnisse des Systems unter anderem eine Belastung der wilden Ausdehnungen und Einschränkungen der industriellen Produktion, vielmehr durch Eins- und Austrittsbeiträge der Arbeitgeber, so daß die wild produzierenden Arbeitgeber so häufig getroffen werden, wie sie das Geschäft unterbrechen.“ Neben dieser vorzuziehenden Maßregel verlangt er „die auf ein Mindestmaß und eine Mindestzeit bemessene (staatlich zu regelnde) Gewährung eines Notunterhalts für die unerschuldete erwerbslosen Arbeiter und die Organisation einer freien, die staatlichen Unterstüzungen ergänzenden Zusatzkrisenversicherung.“

Es bleibt dahingestellt, in wie weit dieser Vorschlag nicht noch verbesserungsfähig ist. Wir wollen hier nicht das für oder wider der materiell Vorschläge eingehend erörtern, die in dieser Beziehung schon vor Jahren gemacht wurden, sondern nur darauf hinweisen, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Stagnation mehr denn je die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung hervortritt. Wie diese Versicherung im einzelnen durchzuführen ist, mögen die maßgebenden Behörden des Staates, der Gemeinden und der Arbeiterorganisationen feststellen.

In jedem Falle freilich würden die Kosten einer solchen Arbeiter-Krisenversicherung von demjenigen in erster Linie zu tragen sein, welche durch die von ihnen betriebene Produktionsweise die Krisen zum größten Teil verschulden. Aber diese Belastung der Industriellen wäre, was ihre Höhe angeht, mit demjenigen durch die Alters- und Invaliditätsversicherung nicht zu vergleichen. Jedenfalls empfiehlt sich eine Heranziehung gerade der größten Unternehmungen, bei denen die Gefahr massenhafter Arbeiterentlassungen am ehesten droht, mit proportional höheren Beiträgen zu der Versicherung. Die Mitgliedschaften, die Hunderttausende an Aufsichtsräten- und Direktoren-

* Nicht angegeben; muß also ungemein gering gewesen sein.

Zantönen zahlen, können auch entsprechend höhere Beiträge zahlen, als mittlere und kleinere Unternehmer.

Die Arbeitslosenversicherung ist nach unserer Meinung nur die Konsequenz der herrschenden Rechtsauffassung. Es ist eine Tatsache, daß innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung die Arbeiter nur dann von Privatbesitz beschäftigt werden, wenn die Beschäftigung für die Unternehmer einen Gewinn abwirft. Die Erwerbsinteressen der Inhaber der Produktionsmittel reichen aber keineswegs aus, um allen denen auch wirklich eine lohnende Beschäftigung zu verschaffen, deren selbständige Lebensführung von der Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, abhängt. Deshalb hat der Staat die Pflicht, diejenigen, die an der Ausübung ihres Rechts auf Arbeit gegen ihren Willen gehindert sind, bis zum Eintritt der Möglichkeit einer Weiterführung dieses Rechts in eine Lage zu bringen, die es ihnen gestattet, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Mit Recht sagt Professor Hertner in seinem Buche „Die Arbeiterfrage“: „Man kann nicht erwarten, daß unsere Arbeiter mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung einen aufrichtigen Frieden schließen, so lange sie ihnen keine ausreichende Schutzwehr gegen den Abgrund der Arbeitslosigkeit errichtet.“

Der Wert der Statistik.

Vor einiger Zeit haben die Lithographen Berlins eine Statistik über die Verhältnisse in den lithographischen Anstalten Berlins aufgenommen und ist diese mit vielen Mängeln zusammen getragene Arbeit bereits durch die „Graph. Presse“ bekannt gegeben. Wenn auch diese Statistik nicht alle lithographischen Anstalten in sich schließt, so liegt das eben daran, daß keine Lithographen existieren, mit denen keine Fühlung vorhanden ist. B. B. gibt es in Berlin Privatlithographen, wo nur Lehrlinge, ferner solche, wo Gehilfen und Lehrlinge, beschäftigt werden, welche nicht in die Statistik aufgenommen werden konnten, weil man dort keine Kollegen hatte, welche die Fragebogen ausfüllen. Ja zum Teil sind solche Geschäfte zu wenig bekannt. Hätte jeder Kollege Berlins, ob Privatlithograph oder gewöhnlicher Geschäft, das Bedürfnis, ein vollständiges Bild über Berliner Lithographieverhältnisse zu erhalten und würde er seinen Teil dazu beitragen, die Statistik würde ganz andere Verhältnisse zu Tage fördern. Leider fehlt vielen Kollegen noch die Einsicht dazu, doch wollen wir hoffen, daß die organisierten Kollegen Berlins immer mehr Fuß bei den nichtorganisierten fassen. Es muß eben ein jeder Kollege dazu beitragen, die Indifferenzen zur Organisation heranzuziehen, dann wird auch bei der nächsten Aufnahme einer Statistik das Bild über Berliner lithographische Anstalten ein vollständigeres werden.

Auch in Leipzig haben einige Kollegen sich der Mühe unterzogen eine Statistik über die dortigen Verhältnisse in lithographischen Anstalten aufzunehmen. Das Resultat dieser Arbeit ist zu lesen in Nr. 7 des „Lithograph“. Ein jeder Kollege, der die Leipziger Verhältnisse kennt und die Statistik im Lithograph gelesen hat, wird gefunden haben, daß diese nicht im geringsten Anspruch auf nur einigermaßen Vollständigkeit erheben kann. Dieses Produkt der „Leipziger Selbständigen“ hat wieder einmal den Beweis geliefert, daß möglichst alle Kollegen des Ortes dazu beitragen müssen, etwas zu schaffen. Vereint vermögen wir alles, vereinzelt jedoch nicht. Von alledem scheint man im Lager der „Selbständigen“ nichts wissen zu wollen. Stolz auf die Statistik für Leipzig, schreibt man im „Lithograph“: „Der Erfolg gewerkschaftlicher Selbstständigkeit ist der schlagendste Beweis beruflicher Organisation und deren Zweckmäßigkeit. (Dunkel ist der Rede Sinn! Die Redaktion.) Die Vermengung vieler Interessen im Organisationsverständnis (Soll wohl heißen: Das Zusammenfallen verschiedener Berufe in eine Organisation. Die Redaktion.) hat bisher das Schwergewicht gebildet, das dem Vornachschreiten des einzelnen Berufszweiges und seiner Verbesserung hinderlich im Wege steht. (Es Schwergewicht! welches beim Vornachschreiten hinderlich im Wege steht. Auch nicht schlecht! Die Redaktion.) Mit dem Einlegen unserer Bewegung ist das Bestreben nach Selbstständigkeit in weite Kreise gedungen (500 Mann von ca. 4000) und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der einmal aufgenommene Gedanke einen vollständigen Erfolg bringen. — Ein Stück Beweis hierfür ist die Soeben von unserer Leipziger Mitgliedschaft aufgenommene Statistik des Gehilfen- und Lehrlingswesens.“ Betrachten wir uns einmal diese Statistik, so ist es auffallend, daß solche Firmen, große und kleine Firmen, gar nicht in dieser Statistik vermerkt sind; haben die Herren mit ihrer selbständigen Organisation dort noch nicht Boden gewonnen? — Es sei nur erinnert an die großen Anstalten von Wagner & Debes, Garte, Giesecke & Devrient, Wirus & Raumann, ferner an die Anstalten Bach, Busch, Salzmann, Eismann, Schwabe u. c. Es könnten noch verschiedene Anstalten angegeben werden, welche in der Statistik nicht angeführt sind. Sogenannte Zimmerlithographen, welche keine Lithographen beschäftigen, könnten ebenfalls noch Duzende angegeben werden. Die Statistik weist an lithographischen Anstalten 40, an Privatlithographen 25 auf. Im vorigen Jahre wurden vom alten Verband in Leipzig 85 lithographische Anstalten und 82 Privatlithographen ermittelt. An Lehrlingen zählt die Statistik im „Lithograph“ 283. Im vorigen Jahre wurden vom alten Verband 345 Lehrlinge gezählt. Es ist doch anzunehmen, daß die Zahl der Lehrlinge eher zu, als abgenommen hat. — Die Berliner Statistik gleicht den Kollegen ein einigermaßen getreues Bild der bisherigen Verhältnisse. Dies liegt zum großen Teil daran, daß hier keine Verpösterung unter den Kollegen herrscht, daß man hier von einer Sonderorganisation nichts spürt. Anders liegen die Verhältnisse in Leipzig, der Brusthärte der Sonderlinge. Hier manbelt ein Teil der Lithographen seine eigenen Wege und ver-

richtet halbe Arbeit, statt sich der Majorität anzuschließen zum Vorteil der Gesamtheit.

Eine Verlammlung der Protestler.

Nachfolgender Bericht geht mir von einem Teilnehmer der Verlammlung zu, welche von der Spitze der Sonderorganisation für den 8. August einberufen und von circa 50-60 Kollegen besucht war. Ich erachte es für dringend geboten, den Verlauf dieser Jammertantone an dieser Stelle bekannt zu geben. — Die Ausführungen der einzelnen Redner sprachen für sich selbst, ohne daß ein Kommentar notwendig wäre:

Der Herbst gab folgende Gedanken zu besen: Meiner Ueberzeugung nach, muß diese Sache gerichtlich zum Austrag kommen. Wir dürfen nicht thätlos zusehen, wie der Bund ausgeplündert wird. Der Kampf muß noch mit viel mehr Nachdruck geführt werden, wie bisher. Wir müssen unsere Stimme erheben, daß den Gegnern noch nach Jahren die Ohren gellen werden. Die Wahrheit und das Recht wird siegen. Nach meiner Rechtsanschauung muß der Prozeß gewonnen werden. —

Faßloß: Ob der Prozeß gewonnen wird, ist noch eine andere Frage. Es weih jeder, daß die Gehaltsabgrenzung nur ein Teil von dem ist, was die Beschäftigungsfreunde wollen. Der alte Verein hat im Bunde 2000 Mitglieder und diese sind im Stande, 5000 zu majorisieren. Durch die 68 Verlammlungen haben sie es soweit gebracht, auf die Dummheit der Mitglieder zu rechnen. — Rechtsanwalt Marichaler als Vertreter des Rechtsanwaltes sprach im wesentlichen folgendes aus: „Die Gewerkschaft hat eine Majorität majorisiert und es fragt sich, ob sie auf ihre wohlverdienten Rechte verzichtet. Ich, als Anwalt sage Ihnen, daß man noch nicht sagen kann, ob man den Prozeß gewinnen kann oder nicht. Es ist möglich, daß eine Minorität auch gewinnen kann. —

Weiter wurde ausgeführt, daß zunächst 1000 Mt. benötigt werden, die durch 1000 Mitglieder gedeckt werden müßten. Der Prozeß selbst kann 2-2 1/2 Jahre dauern und wird er in Frankfurt a. M. anhängig gemacht. Vorher geht ein Protest an den Hauptvorstand ab, worin die Folgen des Prozesses erläutert werden. Als Prozeßführer wurde der Verbandsvorsitzende Herbst gewählt. Ein Aufruf an die deutschen Kollegen zum Anschluß an den Protest soll in der „Graph. Presse“ und „Lithograph“ abgedruckt und auch als Flugblatt verbreitet werden.

Zur Weiterführung der Sache wurde eine 16gliedrige Kommission gewählt. — Soweit der mir übermittelte Bericht, der auch von einem anderen Teilnehmer, der auch Protestler ist, als richtig anerkannt wurde.

Schweizerischer Lithographenbund.

Bericht pro I. Quartal 1901. Der im Jahre 1900 in unserer Branche sich so sehr fühlbar machende schlechte Geschäftszugang hat sich im I. Halbjahr nicht wesentlich geändert und es ist keine Aussicht vorhanden, daß das 2. Halbjahr eine wesentliche Besserung bringen werde. Die Zahl der stellenlosenden, arbeitslosen Kollegen ist eine seit Jahren nicht beobachtete. Dieser Umstand wirkt lähmend aus das Vereinsleben und trägt dazu bei, alle Forderungen zur Erlangung besserer Existenzbedingungen, Beseitigung von Mißständen u. s. w. auf günstigere Zeiten zu versetzen. Dagegen wird am inneren Ausbau des Verbandes ununterbrochen gearbeitet. Die am 1. Januar 1901 gegründete Konditionskommission beginnt mit dem 1. Januar 1902 ihre Tätigkeit. Auszahlung täglich 2 Frs. auf die Dauer von 6 Wochen. Als ein weiterer Fortschritt darf die mit dem 1. Juli 1901 eingeführte Auszahlung der Reiseunterstützung nach Kilometern (pro Km. 2/3 Frs.) betrachtet werden. Es haben somit der dänische Verband, die beiden deutschen Verbände und der Schweizerische Lithographenbund das gleiche System der Reiseunterstützung. Die Gründung einer Invalidentasse wurde durch Abstimmung, Ende Juni, abgelehnt. Der schon einmal im Jahre 1900 eingebrachte Antrag: Austritt aus dem internationalen Verband, wurde neuerdings wieder von einer Sektion gestellt, fand aber weder die Unterstützung seitens des Zentralvorstandes noch (laut Statuten) diejenige von 3 Sektionen. Die Antragsteller dürften mit der Zeit einsehen, daß mit unserem ev. Austritt weder der Schweizerische Lithographenbund noch die internationale Sache gewinnen wird. Mit einigen ausländischen Verbänden sind Verhandlungen im Gange bezugs Abschluß neuer Gegenstandsverträge.

Die bereits erwähnte wirtschaftliche Krise ermutigt die Unternehmer, sich da und dort als die „Herren im Hause“ zu gerieren, die vom Streik 1900 her bekannte Firma Benziger & Co. in Einzelfällen zeigt ihre Menschenfreundlichkeit im vollen Maße. Angekündigte, die 10-12 ja 25-30 Jahre im Geschäft zur vollenen Jubiläumzeit thätig waren, erhielten den Abschied aus „Mangel an Arbeit“, wie der stereotype Ausdruck lautet. Daß die Betroffenen organisiert und am Werke. Streik beteiligt waren, macht die Sache erklärlich. Die von den Zentralkomitees eingeleiteten Schritte dürften bessere Verhältnisse bringen.

In verschiedenen Sektionen mußten einzelne Prinzipale daran erinnert werden, daß die Organisation wach, so in Bern und Basel. An letzterem Orte wurde Mitte Juni einem Kollegen getündigt wegen der Maßregel, ein organisierter Nebentätiger verließ mit diesem die Arbeit und ist die Firma seit 4 Wochen ohne Drucker (Lithograph) will der Patron selbst sein). Die über Basel verhängte Sperre bleibt vorläufig aufrecht erhalten, um-

sonstige als eine andere bekannte Firma, A. Uerow & Sohn, in der Bezielung von Lebensversicherungen ziemlich Routine besitzt. Es ist ein Uebelstand, daß viele Kollegen vom Auslande in die Schweiz kommen, ohne sich erst bei den Sektionsvorständen über die Verhältnisse zu erkundigen, und sich um jeden Preis anleten.

Erfreulichen Fortschritt macht die von den Zentralkomitees der Buchbinder, Typographen und Lithographen eingeleitete Organisierung der Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe

Die mit dem Verein Schweizer Lithographenbesitzer eingeleiteten Unterhandlungen zur Schaffung eines Lehrlingsregulativs für die Lithographen der Schweiz dürften im Laufe des zweiten Halbjahres einen beschließenden Abschluß finden. Der vorliegende Entwurf enthält Vorschriften bezüglich gesundheitliche Beschäftigung und Vorbildung des Lehrlings, Einigung der Firma zur Ausbildung derselben u. Auf je 1-4 im Jahresdurchschnitt beschäftigte Gehilfen soll nur 1 Lehrling gehalten werden dürfen. Die Ausbildung geschieht auf Grund eines für jedes Fach speziell aufgestellten Lehrplanes. Eine aus Prinzipalen und Gehilfen bestehende Prüfungskommission wird nach der ersten Hälfte der Lehre eine Vorprüfung vornehmen, welche den Zweck hat, festzustellen, ob der Lehrling innegehalten wird. Die Vergütung beträgt für Lithographen 4, für Drucker 3 Jahre. Am Schluß der Vergütung findet die Schulprüfung statt.

Diese Bestimmungen, richtig durchgeführt, dürfte den Zweck erzielen, in gewissen Firmen die Lehrlingszüchtel einzuschränken. Der Zentralvorstand des Schweizer Lithographenbundes.

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Verdruck des Stempels der Poststelle oder Filiale finden keine Aufnahme).

Berlin. Filiale I. In der Sonnabend, den 10. August, stattgefundenen Vertrauensmännerung teilten unentschiedigt die Kollegen: Meyer, Scholz, Brixton, Kettner, Großkopf, Benzler, Profosa, Eryn, Meyer, Wolff.

Die Bewaltigung. Düsseldorf. Wir eruchen hiermit jeden Kollegen, Lithograph wie Steinbruder, bevor er Stellung nach Düsseldorf annimmt, sich eingehend zu erkundigen. Dann stand in der Gr. Nr. 31 unter der Antwort der Firma Kanquette Söhne, Düsseldorf, die Anmerkung der Redaktion, daß sie die Verantwortung über den geschriebenen Artikel ablehnt, weil der Stempel der Zahlstelle darunter stand. Wir erklären dagegen, daß von unserer Seite kein Stempel übergeben worden ist, sondern daß derselbe von der Zahlstelle Rheydt war. Die Bewaltigung.

Leipzig. Am 8. August fand im „Pantheon“ eine Mitgliederversammlung des Vereins der Lith., Steinbr. und Berufsigen. Deutschl., Sektion I, statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Die Aufgaben unserer nächsten Generalversammlung; 2. Wahl eines Delegierten; 3. Gewerkschaftliches. Kollege Müller-Schledy unterzog in seinem Referat die hervorpringenden Punkte der Tagesordnung zur Generalversammlung einer eingehenden Besprechung und sprach am Schluß seiner Ausführungen die Hoffnung aus, daß die Beschlässe in Halle dem Verein zum Segen gereichen mögen. An Stelle des Kollegen Hirsch, welcher kein Amt als Delegierter niedergelegt hat, wurde Kollege Arnold und als Ersatzmann Kollege G. Müller gewählt. Unter Punkt 3 der Tagesordnung gab Kollege Hirsch eine Darstellung der Differenzen zwischen dem Agitationskomitee und dem inzulischen von jenem Komitee zurückgetretenen Vertrauensmann, Kollegen Grassmann. Das Agitationskomitee habe, unhaltbarer Zustände wegen, an den Ausschluß um Auflösung geschrieben, worauf die Angelegenheiten untersucht worden sind. — Hieran knüpfte sich eine lebhaft Debatte, an welcher sich die Kollegen Arnold, Lindner, Kändler, Rehn und andere beteiligten. — Kollege Arnold schloß die Versammlung mit dem Hinweis, daß sich jedenfalls die Generalversammlung in Halle noch mit der Sache beschäftigen werde. H.

Leipzig. Dem „Kennen“ zur Auffklärung. Meinen Nachfolger in meinem innegehabten Lokal habe ich früher weder genannt noch gesprochen, sondern erst am 18. April, abends kurz vor 10 Uhr, nachdem der Bund und alles weg war. — An diesem Abend spielten zwei Herren Billard, ich nahm an, daß einer derselben mein Nachfolger sei, weil ich ihn bei der Beschäftigung des Hauses gesehen habe. Eine diesbezügliche Frage an jenen Herrn befruchtete meine Annahme. Wir haben dann einige Worte zusammen gesprochen und zwar so, daß anwesende Gäste jedes Wort verstehen konnten, auch haben zwei Personen mit am Tische. Die erste Frage des neuen Wirtes lautete: „Bleiben denn die Vereine alle hier?“ Darauf erwiderte ich: „Die Leute haben bereits schon ein anderes Lokal, der Verein, welchem ich gegenwärtig noch vorstehe, geht nach dem „Pantheon“. Eine andere Abteilung, der Seidenbinder-Bund, geht, wie ich gehört habe, zu Richter“. Der neue Wirt erklärte darauf: „Was soll ich da hier?“ Ich mußte mitteilen, daß die Leute bereits ihre Beschlässe gefaßt haben, welche nicht so leicht umzustehen sind; mir ist erklärt worden, der Reinerbund geht her. Auch haben wir uns schon gewundert, daß sich kein Mensch zeigen läßt, warum haben Sie denn nicht vor dem Rückprache mit mir genommen, da wäre vielleicht die ganze Angelegenheit nicht gewesen, und alle hier geblieben; auch wir konnte es gleich sein, so lange ich den Posten noch hatte, zog ich in das freiwertende Bogis. Darauf sagte mein Nachfolger: der Bierverleger hätte erklärt, er solle mit mir nicht sprechen, er besomme doch keine richtige Antwort. — Und wer da weiß, wie solche Grundstücke an den Mann gebracht werden, der wird es begreifen. Im weiteren Gespräch habe ich gefragt: vielleicht können wir keine Verammlungen hier abhalten, da der Kanal im „Pantheon“ zu groß

ist, dergleichen unsere Fremden hier unterbringen, denn mit ist es ganz gleich, ich habe von Ihnen sowie von den andern nicht. Also jedem rechtlich denkenden Menschen wird wohl einleuchten, daß von einer Unterbrechung keine Rede sein kann, noch weniger rechtfertigt sich der Ausdruck eines Kollegen: der Gewerksbünd wäre betrogen worden. Auf die anderen Fragen gebe ich nicht ein, sondern überlasse deren Beantwortung anderen. Also recht hübsch bei der Sache bleiben, Herr „Kenne“.

D. Gressmann.

Meinen. Am 3. August fand im Restaurat „Zum Kronprinz“ eine Versammlung der Lit., Steindr. und Berufsigen. Statt, welche leider etwas schwach besucht war. Nachdem Kollege Rau als Vorsitzender und Kollege Hujnow als Schriftführer gewählt waren, ging man zur Tagesordnung über und erzielte zu Punkt 1. „Errichtung eines Arbeitersekretariats in Weßen“. Genosse Schmidt das Wort. Derselbe schilderte in trefflichen Worten den Wert und die Bedeutung derartiger Institute und legte an der Hand mehrerer Beispiele klar, wie vorteilhaft in anderen Städten derartige Anstalten für die Arbeiter gewirkt haben. Es kommen häufig Fälle vor, wo dem Arbeiter z. B. der Bezug von Unfall-, Invaliden- oder Altersrente geschwändert werden und hier benötigen am meisten die Arbeiter Rat und Auskunft in Rechtsfragen. Nachdem dieser Punkt zur Diskussion gestellt wurde, sprachen sich mehrere Kollegen teils für, teils gegen die Errichtung eines derartigen Instituts aus und begründeten letztere ihre Ansicht mit der gegenwärtigen unglücklichen Geschäftslage. Da sich jedoch sämtliche hiesige Gewerkschaften an der Errichtung eines Sekretariats beteiligen und der wöchentliche Beitrag 2 Pf. beträgt, wurde der Antrag des Kollegen Carbus einstimmig angenommen. Dieser Antrag lautete dahin, der Errichtung eines Arbeitersekretariats zuzustimmen und dasselbe durch Entnahme von 2 Pf. Karten einzusammeln zu helfen. Unter Punkt 2. Wahl eines Vertrauensmannes, wurde Kollege Hujnow als solcher einstimmig gewählt, nachdem Kollege Laubald dieses von ihm bisher verwaltete Amt wegen baldiger Einberufung zum Militär niedergelegt hatte. Unter Punkt 3. Wahl eines Bibliothekars, wurde an Stelle des abgereichten Kollegen Hartmann als solcher Kollege Stein einstimmig gewählt. Unter „Verschiedenes“ war unter anderem der Antrag eingegangen, eine Abkündigungsfrist für die zum Militär einrückenden Kollegen hiesiger Jahrgänge zu veranlassen. Dem Antrag wurde zugestimmt. — Hierauf erfolgte 7/11 Uhr Schluß der Versammlung. Wir bitten die Kollegen, sich an den künftigen Versammlungen zahlreicher zu beteiligen.

Verban. Es ist dieses das erste Mal, daß die hiesige Bahnhofsleitung seit ihrem Bestehen an die Öffentlichkeit tritt. Es ist aber auch das erste Mal, daß die Kollegen von Verban einen Referenten in ihrer Mitte begrüßen konnten und zwar den Kollegen Schumacher aus Leipzig. Leider war es Sonntag und die meisten Mitglieder waren nicht anwesend, aber die Wenigen haben bis zum späten Abend den Ausführungen Schumachers mit Freuden zugehört. Es wäre von großem Vorteil, wenn die kleinen Bahnhofsstellen des Reiches vom Agitationskomitee berücksichtigt und denselben Referenten gestellt würden, damit die Mitglieder in ihrer Heimat nicht ganz die Lust und Liebe zur Sache verlieren. Hoffen wir, daß es damit in Zukunft besser wird.

C. K.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Glasarbeiter sind seit wenigen Tagen in allen in Frage kommenden Städten in den Generalstreik eingetreten. Die Unternehmer wenden die verweirlichen Mittel an, um die Arbeiter zum Streikbruch zu bewegen und dazu benutzte man das Mittelchen, die Arbeiter aus den ihnengehobenen Arbeiterwohnungen auszuschließen und nicht nur allein das, man erhöht sich sogar, die Besitzer von Privathäusern einzuschüchtern. Auch diesen die sogenannten schwarzen Listen bereits ihre Wirkung aus, indem solche Arbeiter, die bereits anderweitig Arbeit gefunden hatten, dieselbe wieder verlassen mußten. Und das geschieht alles unter den Augen der Staatsanwaltschaft. Beteiligt sind am Streik 4700 Glasarbeiter. Von England ist von Seiten der Glasmacher-Union die erste Rate Unterstützung von 20000 Ml. eingetrufen, eine zweite in gleicher Höhe soll bald folgen.

Gegenstandsverträge hat der deutsche Metallarbeiter-Verband abgeschlossen mit dem dänischen Schmiedes- und Maschinenarbeiter-Verband, dem schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verband und dem norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verband, welche sich auf die Gewährung von Reisegeld, Arbeitslosen-Unterstützung und Liebertritt von einer in die andere Organisation beziehen.

Die Streikbewegung in Frankreich im Monat Juni war ziemlich lebhaft, es kamen 57 Streiks zum Ausbruch, allerdings waren im selben Monat 1900, 70 Streiks gemeldet worden. An den 57 Streiks waren 7352 Arbeiter beteiligt.

Die gewerkschaftlichen Organisationen im Staate New-York erzeuften sich ebenfalls einer gedeihlichen Entwicklung. Im 1. Quartal 1901 wurden 89 neue Unionen angemeldet. In derselben Zeit wurden 25 Gewerkschaften aufgelöst oder mit anderen verschmolzen, jedoch eine Zunahme von 64 Organisationen verbleibt, wodurch die Zahl der Organisationen Ende März auf 1743 gestiegen war. Die Zahl der Mitglieder ist von 242,484 am Ende Dezember 1900 auf 244,915 am Ende März 1901 gestiegen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der angemeldeten Organisationen betrug Ende März 10 123.

Die internationale Stahlarbeiter-Konferenz, welche im September in Solingen stattfand, tratente, ist einzuweisen auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da zur Zeit die Verhandlung über Lohnfragen bei der Verschlepptheit der Arbeitsmethode und Benennung der Sorten und Vorschriften für alle Berufe zu schwierig sei.

Der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen hält gegenwärtig in Berlin seine 24. General-Versammlung ab. Der Verband zählt 13500 Mitglieder.

Der wirtschaftliche Niedergang macht sich auch in den Thälern des sächsischen Riesengebietes geltend. Insbesondere liegt die Reichthümer- und Erzminenindustrie darnieder.

Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes teilt mit, daß das in der Vergangenheit seines Verbandesvermögens gegen die Erben des früheren Verbandskassierers F. W. gefällte Urteil, das diese zur Einlösung in die Herausgabe des festgelegten Vermögens zwingt, Rechtskraft erhalten hat und daß das Geld im Betrage von Ml. 116200 in Wertpapieren und Ml. 3497 in Bar als Zinsen von der Reichsbank abgehoben und bei derselben Bank auf die Namen der drei Mitglieder des Vorstandes Herber, Wollmann und Poelschneider von Neuem unter Bedingungen, die eine Wiederholung solcher unliebsamen Vorkommnisse ausschließen, niedergelegt wurde. Die Einzelheiten der nunmehr erledigten „Affäre“, die leicht für den Verband verhängnisvoll werden konnte, sollen der Öffentlichkeit übergeben werden, sobald die Abschriften des Urteils des Landgerichts und anderer zur Sache gehörigen Dokumente in den Besitz des Vorstandes gelangt sind.

R.

Verschiedenes.

Die Genossenschaftler und Emile Zola. Zolas neuester Roman „Arbeit“ lehnt sich bekanntlich stark an die Ideale Fourier's an und predigt Genossenschaften, in denen sich Kapital, Intelligenz und Arbeit gemeinsam für eine bessere Zukunft verbürgen. Das gab den Anhängern Fourier's in Frankreich Anlaß, dem berühmten Schriftsteller zu Ehren ein Festessen zu geben. Bei diesem wurde ein Brief verlesen, in dem Zola u. a. sagt: „Unsere Hoffnungen sind groß und die Zukunft ist noch das Reich der Träume. Aber heute schon sieht eine Thatfache als erweisen sich. Es ist die, daß die Gerechtigkeit in der Gesellschaft von einer Reorganisation der Arbeit abhängt, und daß diese Reorganisation allein eine gerechte Verteilung der Schätze der Erde mit sich bringen kann. Fourier war der geniale Apostel dieser Wahrheit. Ich habe sie nur wieder aufgenommen. Der Weg spielt keine Rolle, aber das Ziel ist die künftige Stadt des Friedens. Gerade jetzt, in so unruhigen und bitteren Zeiten, sind die Vereine der Arbeiter, die da entstehen, die Embryonen der künftigen Stadt. Durch die Genossenschaftlichkeit der Produzenten und Konsumenten markieren wir täglich Schritt für Schritt auf die bisherige Welt zu, die heute noch verpörrt wird.“

Der Segen der Unfallversicherung. Mit welchen Gefahren es für die unglücklichen Opfer der Industrie verknüpft ist, ihre Ansprüche für erlittenen Schaden geltend zu machen, das mußte jetzt ein Arbeiter in Bochum, der Portier Töpferwein erfahren, der sich vor der dortigen Strafkammer zu verantworten hatte, weil er die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-Gewerkschaft betrogen haben soll. Der Angeklagte erlitt im Jahre 1889 auf den Werth Stahlwerken eine Verletzung, als deren Folgen sein rechter Arm hinfällig blieb. Als volle Rente erhielt er von der Berufsgenossenschaft monatlich 75 Mark. Eine Untersuchung im Jahre 1891 ergab die noch vorhandene Erwerbsunfähigkeit des Töpferweins. Auf Antrag der B.-G. wurde er Ende vorigen Jahres wiederum einer Untersuchung unterzogen, bei welcher eine bedeutende Besserung des Armes konstatiert wurde: der Verletzte selbst beschäftigte die Besserung. Nun wurde ihm die Rente gänzlich entzogen und der Staatsanwalt — jedenfalls auf Antrag der Berufsgenossenschaft — erhob gegen ihn Anklage wegen Betrugs bzw. Betrugsversuchs. Die gerichtliche angeordnete nochmalige Untersuchung des T. führte zu dem ärglichen Befund, daß diesem eine Rente von 20—30 Prozent weiter zuzufügen, eine vollständige Heilung des Armes sei nicht vorhanden. Das Schöffengericht sprach daraufhin den Angeklagten frei — aber der Staatsanwalt legte gegen diesen Urteil Berufung ein. Glücklicherweise hatte er damit keinen Erfolg, die Berufung wurde seitens der Strafkammer unter folgender Begründung verworfen: Dem Empfänger der Rente steht die Berufsgenossenschaft als Partei gegenüber. Wenn der Rentenempfänger der Berufsgenossenschaft gegenüber objektiv nicht ganz bei der Wahrheit bleibt, so ist das kein Betrug, da dem Angeklagten eine betrügerische Absicht nicht nachgewiesen ist. In Wirklichkeit habe der Angeklagte auch zugegeben, daß in dem Besinden des Armes eine Besserung eingetreten sei. Wenn er nicht den vollen Grad der Besserung mitgeteilt habe, so sei das damit zu erklären, daß der Angeklagte der Meinung gewesen sei, den seinen Arm zuzubehalten nicht mehr gebrauchen zu können, da er so viele Jahre nicht arbeiten konnte. — Hätte das Experiment, für welches die Staatskasse stehen muß, zu einem für die Berufsgenossenschaft erwünschten Ergebnis geführt, dann war das die Einleitung zu einer neuen Acta der Rentenquesterei.

Briefkasten der Redaktion.

E. J. Nürnberg. Wegen Raumangabe für nächste Nummer zurückgestellt.

Beiträge für das 2. Quartal haben folgende Zahlstellen eingegangen:

- Altenburg 26 42, Barmen II 41 62, Berlin II 957,90, Brandenburg 229,05, Cassel 50,—, Chemnitz I 150,—, Chemnitz II 50,—, Darmstadt 34,72, Detmold 66,52, Eisenfeld 63,10, Frankfurt a. O. 29,76, Järich I 160,20, Järich II 64,63, Halberstadt 16,20, Hanau 185,90, Heilberg 40,54, Karlsruhe 87,57, Kattowitz 70,38, Mei 70,36, Mlin 50,—, München 123,23, Leipzig I 1560,60, Leitelsbain 192,40, Lobditz 41,14, Lüdenscheid 39,18, Mannheim 134,95, Wülfingen I 300,—, Wülfingen III 450,—, Wehrum 110,94, Neu-Wuppitz 90,90, Wehring 149,50, Wülfingen II 93,60, Wülfingen III 31 86, Offenbach 39,47,

Reichenbach 34,24, Nixdorf 176 04, Schwabach 50,60, Schweidnitz 5,—, Solingen 38 38, Steinhagen 35,02, Stettin 195,—, Stuttgart I 285,72, Stuttgart II 90,50, Trier 60,—, Waldenburg 140,76, Wandsbeck 208,62, Gau Hamburg 20,90 Pf.

Berlin, den 13. August 1901.
Wilhelm Drall, Kassierer,
N., Starobestr. 4.

Anzeigen.

Lithographen, Steindruckler, Chemigraphen, Lichtdrucker und Berufsgenossen Leipzigs.

Dienstag, den 3. Septbr. 1901, abends 7 Uhr
große öffentliche Versammlung
im Saale des „Pantleon“, Dresdenstr. 20.
Tages-Ordnung: 1. Wiederherstellung von der Generalversammlung; 2. Die Anstellung eines Verwaltungsausschusses; 3. Gewerkschaftliches.
Wünschliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Die Vertrauensmänner:
F. Kühner, Alex. Gsch, Arth. Schubert, Bilz,
Steindruckler. Unanap. Chemigraph. Steindruckler.

Berlin, Filiale I,

Sektion der Schleifer.
Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 27. August, in „Bustek Salon“, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Bericht von der General-Versammlung. 3. Verschiedenes.
Die Verwaltung.

Berlin I, II und III.

Sonntag, den 25. August, Nachmittag 4 Uhr
Extra-Dramma-Vorstellung.

Zur Aufführung kommt:

Das Tagebuch der Erde.

Billetts à 80, 70, 50 und 30 Pf. sind zu haben bei
Boritz, Engelauer 15, Tischendorfstr., Sophienstr. 20,
(9—5, Sonnabends bis 7 Uhr) Sackm., Fortstr. 36,
Dübel, Urbanstr. 104 und Janzen, Wühlstr. 31.
Alle Kollegen sämtlicher Filialen recht Anwesenden
und Bekannten sind eingeladen und gebeten, die Billets
baldigst zu entnehmen.

Frankfurt a. M.

Der **Arbeitsnachweis für Chemigraphen** befindet
sich in den Händen des Kollegen
Albert Zuber, Osniesauerstr. 35 I.

Hannover,

habe mit dem 10. August d. J. zum zweiten Male meinen
Posten als Kassierer des Vereins der Lithogr. und Steindrucker,
Zahlstelle Hannover (Filiale der Steindrucker),
niedergelegt.
Fr. Frommelt.

Hannover.

☉ **Restaurant mit Klubzimmer.** ☉
Fr. Frommelt, Haindörferstr. 14,
ältestes Bekehrholat aller Lithographen und Steindrucker
und Treffpunkt aller hiesigen und zureisenden Kollegen.
Ein jeder Kollege ist willkommen.

Geschäftsstelle des Deutschen Senfseider-Bundes.

Nürnberg II, (Chemigraphen).

Vertrauensm.: **Franz Fiel,** Friedrichstr. 51.IV links
Werkzeugschleifer und Arbeitsnachweis ebenfalls.

Die **Freiwillige Sammlung für das trankte Wittgeld des D. S.-B. Ernst Kofler,** Sids., Annaberg, erklären wir
hiermit für beendet. Von 66 Mitgliedschaften und Reken-
stellen sind 700 Ml. eingegangen. Genaue Abrechnung
folgt autographisch.

Die **Mitgliedschaft Schlettau i. Ergsb.**
Schleiberg, Vorstand.

Frankheitshalber zu verkaufen
kleine Steindruckerei

mit **Sandschnellpresse** allem nötigen Hilfsmaschinen
und Material. Inormatwert Ml. 1500; Preis Ml. 1000.
Anzahlung Ml. 500.
Gr. Off. u. M. P. 15 postlagernd Leipzig-Neustadt.

Spießbürger aus „Stadt Hannover“

besucht Ihr den „Albert-Park“ und das „Nonnenholz“, so
fehlt ein in der
„Grünen Aue“, Schlenzig, Könnertstr. 8,
in dem neuen „Eifer-Salon“ mit **Wandelkation** und
führt Euch bei Euren alten Bierwater **Wih. Spieß.**

Slonke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisen-
bahn- und Begehrte von Deutschland u. angr. Ländern,
356 Seiten, geb. 1.20. Zu beziehen durch alle Buchhandl.
oder gegen Eins. 1.40 von **S. Slonke's Verl. Bielefeld.**